
Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 122 vom 29.06.2021 Seite 005 / Thema des Tages

HOHE STROMPREISE

Politik rangelt um Konzepte

Silke Kersting

Nicht nur die Wirtschaft, auch die Politik sieht das Problem des hohen Strompreinsniveaus und fordert Entlastungen. "Klar ist: Die Strompreise in Deutschland sind im europäischen und internationalen Vergleich zu hoch", sagte der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Bernd Westphal, dem Handelsblatt. "Gerade für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, benötigen wir einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis", sagte er weiter. "Ein europäischer Industriestromtarif ist eine Option."

Für Deutschland fordert Westphal eine Absenkung der Stromsteuer sowie die Abschaffung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bis 2025. Mit dieser Umlage finanzieren die Stromkunden seit Beginn der Energiewende den Ausbau von Wind- und **Solarenergie**.

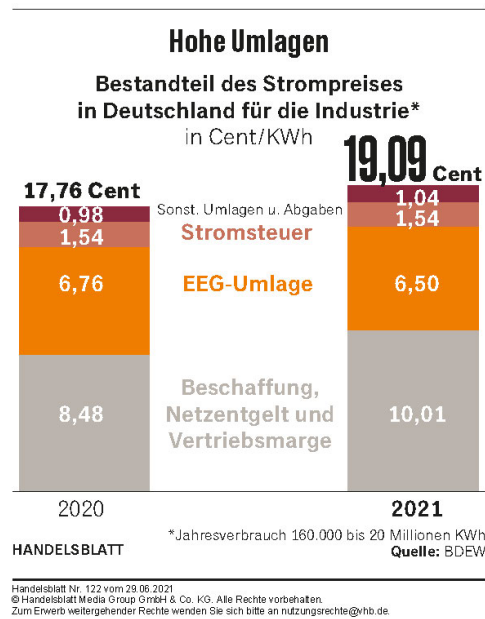
Auch die Union will laut Wahlprogramm die EEG-Umlage abschaffen, ebenso die FDP. Die Stromsteuer solle "sofort" auf das EU-Mindestmaß gesenkt werden, sagte FDP-Fraktionsvize Michael Theurer dem Handelsblatt.

Oliver Krischer, Vize der Grünen-Bundestagsfraktion, forderte, "endlich die Weichen für einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien" zu stellen. "Wir wollen konkurrenzfähige und stabile Industriestrompreise auf der Basis von erneuerbaren Energien", sagte Krischer dem Handelsblatt. "Wichtig dafür sind einfache und kostengünstige Direktlieferungsverträge für Grünstrom und die Absicherung von Preisschwankungen." Die EEG-Umlage, forderte Krischer, müsse in den nächsten Jahren komplett aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Eine Senkung der Umlage ist geplant.

Durch den Kohle- und Atomausstieg gingen abgeschriebene Kraftwerke vom Netz, sagte FDP-Politiker Theurer. Gleichzeitig müssten neue Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die dafür notwendigen Netze gebaut werden: "Das kostet Geld und setzt die Strompreise unter Druck."

Durch die Elektrifizierung wird die Bedeutung der Stromkosten zunehmen. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz räumte vergangene Woche beim "Tag der Industrie" Versäumnisse der amtierenden Regierung ein, setzt inzwischen aber auf Attacke und wirft CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier eine "Stromlüge" vor. Die Annahmen des Ministeriums für den Stromverbrauch 2030 seien viel zu tief gegriffen. Auch Kanzlerin Merkel forderte Nachberechnungen. Theurer sprach jetzt von einem "Taschenspielertrick" der Regierung. Altmaier kalkuliere mit gleichbleibendem Stromverbrauch im Jahr 2030, "dabei wird er durch Digitalisierung, Wasserstoffherzeugung und Elektrifizierung von Verkehr, Wärmeerzeugung und Industrie deutlich steigen". Silke Kersting

Kersting, Silke



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 122 vom 29.06.2021 Seite 005
Ressort:	Thema des Tages
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B ENE-16 Strom B ENE-16-03 Stromversorgung P4910
Börsensegment:	org org
Dokumentnummer:	2A121A4B-AA34-463D-AD4E-4FEF12C85D62

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_2A121A4B-AA34-463D-AD4E-4FEF12C85D62%7CHBPM_2A121A4B-AA34-463D-AD4E

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH